

Riesaer Tageblatt

Drahtausgabe
Tageblatt Riesa.
Bezirks Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Tageszeitung
und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Buchdruckerei:
Dresden 1880.
Girokasse:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlich bestimzte Blatt.

Nr. 156.

Freitag, 6. Juli 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschluss. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wöhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gemälde für das Schreiben an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 1 mm hohe Gründungszeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Stellamegazile (100 Gold-Pfennige); zeitraubender und kostbarerer Satz 50% Aufschlag. Zeile Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Unterhaltungsbeiträge des Betriebes des Betriebes der Druckerei, der Ueberanten oder der Gesellschaftseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion: Riesa. Herausgeber: Riesa. Geschäftsräume: Riesa. Geschäftsräume: Riesa.

Die neue Reichsregierung und die Landwirtschaft.

DR. B. In den letzten Monaten ist oft die Bedrohung ausgesprochen worden, der politische „Einknick“ werde sich besonders für die Landwirtschaft nachteilig auswirken. Bezeichnlich desto ist die führende Partei in der neuen Regierungskoalition, die sozialdemokratische Partei, ihre Hauptanhänger unter der Industriearbeiterchaft. Wenn also die Sozialdemokratie daran gehen würde, — so sagte man — ihre Wahlversprechen zu verwirklichen, so könnte sie gar nicht anders handeln, als der industriellen Arbeiterschaft, die das Groß der Verbraucherstelle stellt, auf Kosten der landwirtschaftlichen Erzeuger Vorteile zuzuwenden. Die Programmrede des neuen Reichskanzlers Hermann Müller am 8. Juli hat diese Besorgnis nicht bestätigt. Es ist in landwirtschaftlichen Sachkreisen anerkannt worden, mit welcher Deutlichkeit die Programmrede des Kanzlers den wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Industrie und Landwirtschaft klarlegte. Die Industrie — so führte Müller dem Sinne nach aus — werde in Misereidenschaft gesetzt, wenn die Kaufkraft der Landwirtschaft auf ihrer gegenwärtigen niedrigen Höhe verbleibe. Er fügte hinzu, die Wiederherstellung der Rentabilität in der deutschen Landwirtschaft werde Gegenstand besonderer Sorge der Regierung sein. Er erkannte an, daß eine Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe steuerlich überlastet sei, und doch daher eine Nachprüfung und dann gegebenenfalls eine Erhöhung oder eine Neuverteilung der steuerlichen Last stattfinden müsse. Allerdings hat die neue Reichsregierung in einem Punkte, auf den die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Interessenten großes Gewicht legt, keinerlei Zugeständnisse gemacht: auf dem Gebiet der Zölle. Die neue Reichsregierung will nicht nur im internationalen Rahmen an der Erhöhung des Bolleneaus mitspielen, sondern auch die inländische Bolleneaktion, mit der sich der Reichswirtschaftsrat gründlich beschäftigt hat, weiterführen. Von einer Erhöhung der Schutzzölle auf landwirtschaftliche Produkte wird demnach unter der Regierung Müller-Braunke keine Rede sein.

In vielen Pressekommentaren zu der Regierungserklärung vom 8. Juli ist hervorgehoben worden, daß Zusagen noch keine Taten seien. An die Spitze des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist ein Mann berufen worden, dem auch seine politischen Gegner Kenntnisse und Erfahrungen auf seinem neuen Arbeitsgebiet nicht absprechen können, der Demokrat Dietrich-Baden. Ein wichtiger Punkt, in welchem die Reichsregierung der Landwirtschaft helfen kann, sich aus ihrer schwierigen Lage herauszuwerken, ist strenge Überwachung der Kreditinanspruchnahmen öffentlicher Organe. In dem Maße nämlich, in dem es gelingt, die öffentlichen Organe (Kinder und Gemeinden) an der Aufnahme nicht unbedingt notwendiger Darlehen im Ausland und im Inland zu verhindern, in dem Maße wird für landwirtschaftliche Unternehmungen Kapital zur Verfügung stehen, um die gefährliche kurzfristige Verschuldung abzubauen und die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Rentabilität zu schaffen. Allerdings ist eine Verzinsung von Leihgold in Höhe von 7 Prozent, 8 Prozent und darüber für die Landwirtschaft unerschwinglich. Mit Bindervertragssicherheiten allein ist diesem Uebelstand auch nicht abzuhelfen. Im Reichshaushaltspolitik für das Rechnungsjahr 1928/29 sind 5½ Millionen Mark für diesen Zweck ausgewiesen. Mit unverweilbaren Mitteln aus vorzeitigem Rechnungsjahr werden reichlich 6 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Damit lassen sich besten Falles 200 Millionen Mark landwirtschaftliche Darlehen so verbilligen, daß der Darlehensnehmer 4 Prozent Zinsen und ½ Prozent Verwaltungsbeitrag zu zahlen hat. Eine der Hauptaufgaben der neuen Regierung wird es daher sein müssen, die wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich der Staat in Deutschland dem sehr viel niedrigeren Standard in den anderen großen Wirtschaftsländern nähert. Das aber erfordert eine planmäßige Reform- und Sozialpolitik auf allen Gebieten, besonders auch auf dem Gebiete der Neuverteilung und Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung.

Die Regierungserklärung vom 8. Juli hat ein Programm entwickelt, das auf die Ausnutzung der ganzen Legislaturperiode des neuen Reichstages berechnet ist, also auf 4 Jahre. Es ist unmöglich vorherzusehen, welche Lebensdauer der jetzige Reichstag und die aus ihm gebildete Reichsregierung haben werden, und wieviel das neue Kabinett von seinem Reform- und Sozialprogramm wird verwirklichen können.

Dr. Gross.

Ruhe im Reichstage.

Berlin. (Funkspruch.) Im Reichstage herrschte heute am Freitag vollkommene Ruhe. Nur wenige Abgeordnete waren im Hause anwesend. Fraktionssitzungen sind erst wieder für Dienstag anberaumt. Auch die ersten Sitzungen von Reichstagabendsitzungen sind erst für Dienstag einberufen. So werden am Dienstag vormittag der Haushaltsausschuss über die Amnestie, der Haushaltshaushalt, der Wohnungshaushalt, der Soziale Ausschuss und der Auswärtige Ausschuss tagen. Auch erwartete Parteiführerreden über die Frage der Sozialsteuer und der Amnestie werden nicht vor Dienstag stattfinden.

Reichsjustizminister Koch hat sich gestern abend mit dem Flugzeug nach Bonn begeben, wo bekanntlich eine internationale demokratische Tagung stattfindet.

Schlüß der politischen Aussprache im Reichstag. Mehrheit für die Regierung. — Die Billigungssformel angenommen.

vda, Berlin, 5. Juli, 12 Uhr mittags.
Die Besprechung der Regierungserklärung wurde nach der bereits gestern von uns veröffentlichten Erwiderung des Reichskanzlers Müller fortgesetzt.

Abg. Dr. Oberfohrren (Dnat.)

meint, aus den Erklärungen der bürgerlichen Parteien habe wenig Vertrauen zu der neuen Regierung gelungen. Die Ausführungen des Abg. Dr. Schulz über das Verhältnis der Deutschnationalen zur Sozialdemokratie müssten scharf zurückgewiesen werden. Die Mittelparteien, so fährt der Redner fort, sollen nicht glauben, daß wir ihnen gegen die Sozialdemokraten befehlen werden, wenn sie doch wegen Schwierigkeiten haben. Die von der Regierung geplante Nachhebung der Vermögenssteuer würde mehr kosten als sie einbringt. (Abg. Seel (Soz.): Das ist doch die Vorlage der Reichsregierung!) In der Steuerfrage werden wie lange nicht voraussichtlich kommen, wie diejenigen die Steuern befallen, die sie selbst nicht zahlen. Die in der Regierung angekündigte Mittelstandspositiv widerspricht dem sozialdemokratischen Parteiprogramm. (Laden und Butzke bei den Soz.) Wenn dem Mittelstand geholfen werden soll, muß vor allem die Konkurrenz der reichsdeutschen Betriebe verschwinden. Wir wollen ein von den Parteien unabhängiges entpolitisches Verlustbeamtenamt. In der Sozialpolitik müssen sich große Erfolge ohne Rücksicht der Leistungen erzielen. Bei der Arbeitslosen-Gefährdung müssen für die Landwirtschaft diejenigen Bestimmungen befreit werden, die die Arbeitslosigkeit fördern. (Unruhe und Durst bei den Komm.) Die gegen die Kartelle geplanten Maßnahmen müssen auch gegen die sozialdemokratischen Konsumvereine angewendet werden. Die Arbeitszeit-Beschränkungen beeinträchtigen die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Ein Kohleneinfuhrverbots ist notwendig zum Schutz des oberösterreichischen Bergbaus.

Der Damesplan hat nicht zur Abtragung, sondern zur Anhäufung der deutschen Säulen geführt. Die Revisionsmöglichkeiten des Damesplanes müssen ausgenutzt werden. Die Regierungserklärung ist das Anerkennung des außenpolitischen Bankrotts, der hinter uns liegt. (Große Heiterkeit b. d. Mehrheit und Rufe: „Sie reden ja gegen die Reichsregierung!“) Die Urteilssatzung der außenpolitischen Niederlagen ist der Eintritt in den Volkerbund und der Damesplan. (Rufe: „Den Sie ermöglicht haben!“) Wir dürfen nicht auf Hilfe von draußen hoffen, sondern müssen uns selbst helfen. Eine gesunde Landwirtschaft ist die erste Voraussetzung zur Wiedererlangung der Freiheit der Nation. Darauf kann der Landwirtschaft nur geholfen werden durch eine vollständige Herumreisung des Steuers in der Zoll- und Handelsvertragspolitik.

Reichsfinanzminister Dr. Hilsdorff:

Die Angriffe des Verteidigers richteten sich zum größten Teil gegen die vorige Regierung, der die Deutschnationalen angehörten. Diese vorige Regierung ist für das vereinwortlich, was der Verteidiger hinsichtlich der Steuerpolitik und des Damesplanes kritisiert hat. Der Minister geht dann auf die Beleidigung ein, daß die Stabilisierung der Währung das Werk Hilsdorfs gewesen sei. Unter großer Unruhe und vorwürfenden Zwischenrufen der Kommunisten führt er aus, die von Hilsdorff geplante Verstärkung der Währung mit dem Roggenpreis würde ein Unglück gewesen sein. In seiner Finanzministerzeit 1923 habe er, Dr. Hilsdorff, diese Gefahr bestreit und mit Unterstützung des ausgestanzten Staatssekretärs v. Schlieben die Währung stabilisiert.

Präsident Löbe ruft verschiedene kommunistische Abgeordnete wegen fortgesetzter Unterbrechungen zur Ordnung und erklärt, die sonst auflässigen Zwischenrufe müßten nicht so häufig, daß sie den Redner am reden hindern.

Reichsfinanzminister Dr. Hilsdorff fährt fort: Ich weiß nicht, warum die Kommunisten hier die Deutschnationalen so kräftig unterdrücken. Ich will eine hässliche Legende zerstreuen, die die französische Chauvinistenpreise von der deutschen Rechtsopposition übernommen hat. Das einzige Argument der französischen Chauvinisten gegen die jetzige deutsche Regierung ist das, daß die Sozialdemokraten keine Gewähr für die Sicherheit der Währung böten. Dieses Statement haben die Freunde Deutschlands von den Deutschnationalen erhalten. Um solchen anhänglichen Schaden abzuwehren, will ich das Gleichgewicht des Budgets aufrechterhalten und unsere Währung gegen Verleumdungen schützen. In diesem Sinne will ich mein Amt führen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Stoedel (Kom.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie sich ganz unter den Einfluß der bürgerlichen Parteien begeben hätten. Minister Dr. Hilsdorff sei der willige Preisnehmer der Bourgeoisie für den Kapitalismus.

Abg. Strasser (Nat.-Soz.) bezeichnet die Regierungserklärung als eine Vorstellung falscher Tatsachen. Die wirkliche Regierungserklärung sei durch den Zwischenbericht des Reparationsagenten Walter Gilbert gegeben worden. Der jetzige Reichskanzler habe in Vierfeldes das Todesurteil unterschrieben, das leicht am Deutschen Volke vollzogen werde. Nicht dem Volke wolle die Regierung helfen, sondern den Verdrehern durch Aufhebung der Todesstrafe. Ein

Nationalsozialistische Werbung von dieser Regierung geplant zur Feier der Nationalsozialistischen Republik.

Präsident Löbe: Wegen der Bezeichnung „Nationalsozialistische Republik“ für unser Heimatland rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Straßer (Nat.-Soz.) begründet dann den nationalsozialistischen Vertrauensantrag: „Indem der Reichstag über alle anderen Anträge zur Tagesordnung übergeht, spricht er der Reichsregierung das Vertrauen aus.“ Der Redner erklärt schließlich: Es ist eine Schande, daß ein in Ost-Galizien geborener negroide Jude hier als Reichsfinanzminister antritt. (Große Erregung bei der Mehrheit.)

Präsident Löbe: Auf diese ungewöhnliche belästigende Bemerkung gegen ein Mitglied der Reichsregierung wende ich den Paragraph. 91 der Geschäftsordnung an. Ich kann Ihr weiteres Verweilen in der Sitzung nicht mehr dulden und fordere Sie auf, den Saal zu verlassen. (Lebhafte Beifall.) Abg. Straßer tritt noch ein Glas Wasser und verläßt dann langsam unter Entrüstungskundgebungen einzelner Sozialdemokraten den Saal.

Abg. Alpers (D.-Hannov.) vermisst in der Regierungserklärung ein Eintreten für die unterdrückten Deutschen Südtirols. Er verlangt eine Beschränkung des preußischen Einflusses im Reich und erklärt, seine Freunde könnten der neuen Regierung nicht das Vertrauen aussprechen.

Abg. Hildebrand-Schleifer (D. Bauernp.) begrüßt in der Regierungserklärung die Sähe, in denen die Förderung der bürgerlichen Landwirtschaft und der Siedlung angefangen wird. Die deutsche Bauer-Politik müsse zu 90 Prozent Bauernpolitik sein. Die Steuerreform müsse vor allem in der Landwirtschaft einklingen, damit der Bauer nicht länger für seine Tüchtigkeit und Sparsamkeit bestraft wird.

Damit schließt die Aussprache.

Abg. a. Lindecker-Wilhelmi (Dnat.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, die bekränzt die Redezzeit mache es den Deutschnationalen unmöglich, auf die leichten Ausführungen des Ministers Hilsdorff zu antworten. Das Schweigen dürfte nicht als Zustimmung gedeckt werden.

Präsident Löbe: Der Verteiderrat hat auf meinen Vorschlag den nationalsozialistischen Antrag zugelassen, weil er sich vorbehalten will, durch eine Änderung der Geschäftsordnung in Zukunft vorzubeugen, daß Abgeordnete Anträge einbringen, für die sie selber nicht stimmen. (Abg. Stöhr (Nat.-Soz.): „Dann können wir ja überhaupt keine Anträge mehr stellen!“) (Große Heiterkeit.)

Nach langerer Geschäftsordnung-Debatte wird in naumentlicher Abstimmung mit 268 gegen 181 Stimmen bei 24 Enthaltungen beschlossen, daß an erster Stelle nicht über den Vertrauensantrag der Nationalsozialisten, sondern über den Billigungsantrag der in der Regierung vertretenen Parteien abgestimmt wird. Für den Vortrag des nationalsozialistischen Antrages haben die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten gestimmt. Die dann folgende

Aussprache

ergibt die Annahme des Antrages:

Der Reichstag billigt die Errichtung der Reichsregierung und geht über alle anderen Anträge zur Tagesordnung über. (Für den Antrag sind 261 Stimmen der Sozialdemokraten, Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei abgegeben worden. Dagegen haben 184 Stimmen abgegeben die Kommunisten, Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christlich-Nationalen Bauern und Deutschnovatozianer.)

Stimmenhaltung üben 28 Abgeordnete der Wirtschaftspartei und der Deutschen Bauernpartei. — Damit sind alle weiteren Vertrauens- und Wissensanträge erledigt.

Die mit der Beratung verbundene kommunalistischen Anträge zu sozial-, wirtschafts- und steuerpolitischen Fragen werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Als gegen den Widerpruch der Kommunisten und Deutschnationalen der gegen den Bau des neuen Panzerhauses gerichtete kommunalistische Antrag nicht sofort verworfen wird, sondern dem Haushalt-Ausschuß überwiesen wird, kommen von den Kommunisten lebhafte Rufe.

Angenommen wird ein nationalsozialistischer Antrag, der Verhandlungen über eine deutsch-österreichische Zoll- und Wirtschaftsunion verlangt.

Die Novelle zur Gebührenordnung für Gerichtsbeamte wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Um 4½ Uhr verläßt sich das Haus am Dienstag, den 10. Juli, 8 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen die Vorlage über den Nationalsozialisten, das neue Strafgesetzbuch und kleinere Vorlagen.

Besuch deutscher Kriegsschiffe in Drontheim.

Die Linienschiffe „Schleswig-Holstein“ und „Hessen“, von denen das erstere die Flagge des deutschen Kriegsvertrages führt, sind gestern in Drontheim eingelaufen; sie werden am 9. Juli wieder in See gehen.